

Drucksache Nr.
0763/2025-2030

An die
Oberbürgermeisterin Dr. Christiana Bauer
Vorsitzende HWBA
im Hause
per Mail

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsgeschäftsstelle
Ulrike Mann
Co-Fraktionsgeschäftsführerin
Niederwall
33602 Bielefeld
Tel.: +49 (0)521 51-2710
ulrike.mann@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, den 24. Februar 2026

Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion

„Ehrenamt ermöglichen – Stadtteilstärken stärken“

Sehr geehrte Frau Dr. Bauer,

um die Existenz und Weiterentwicklung einer lebendigen Stadtgesellschaft zu fördern, stellen wir zur kommenden Sitzung des HWBA am 05. März 2026 folgenden Antrag:

Beschlussantrag:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, innerhalb von sechs Monaten einen Bericht vorzulegen, der folgende Punkte darstellt:

1. welche konkreten bürokratischen, organisatorischen und haftungsrechtlichen Anforderungen bei der Planung und Durchführung von Stadtteilstärken, Vereinsfesten, Nachbarschaftsfesten und vergleichbaren nicht-gewerblichen Veranstaltungen bestehen und wie diese in der Praxis angewendet werden,
2. wie sich die Gesamtkosten für Stadtteilstärken und vergleichbare nicht-gewerbliche Veranstaltungen aus einzelnen Kostenkomponenten (z. B. Gebühren, Auflagen, Sicherheitsleistungen, Versicherungen, Reinigung, Verkehrslenkung etc.) zusammensetzen und welche dieser Komponenten kommunal beeinflussbar sind,

3. welche Rückmeldungen, Beschwerden oder strukturellen Problemanzeigen hierzu in den vergangenen zwei Jahren aus der Stadtgesellschaft – insbesondere von Werbegemeinschaften, Vereinen und Initiativen – an Verwaltung und Politik herangetragen wurden und welche typischen Problemlagen sich daraus ableiten lassen,

4. welche kommunalen Gestaltungsspielräume bei der Auslegung und Anwendung bestehender Regelungen bestehen und wie diese transparent, einheitlich und praxisnah genutzt werden können,

5. wie Antrags- und Genehmigungsverfahren – insbesondere durch Weiterentwicklung digitaler Instrumente wie „PlanClever“ – vereinfacht, standardisiert und beschleunigt werden können,

6. wie für typische Veranstaltungsformate (z. B. Stadtteilstefte, kleinere Straßenfeste, Vereinsveranstaltungen) standardisierte Musterlösungen, geprüfte Lagepläne oder modular aufgebaute Konzepte bereitgestellt werden können, um Planungssicherheit zu erhöhen,

7. wie die Beratung von ehrenamtlichen Veranstalter*innen – einschließlich nicht-juristischer Personen (z. B. Nachbarschaftsinitiativen) – verbessert, gebündelt und rechtssicher gestaltet werden kann, insbesondere durch klare Zuständigkeiten oder eine zentrale Ansprechstruktur,

8. welche organisatorischen und finanziellen Auswirkungen mögliche Verfahrensvereinfachungen hätten und wie diese haushaltsrechtlich darstellbar wären.

Ziel ist es, auf Basis des Berichts konkrete, umsetzungsreife Vorschläge zu beschließen um das bürgerschaftliche Engagement insbesondere in den Stadtbezirken strukturell zu stärken und Verwaltungsverfahren so weiterzuentwickeln, dass sie klar, planbar, praxisnah und für Ehrenamtliche handhabbar sind. Verbunden mit dem klaren Anspruch, Veranstalter*innen spürbar von bürokratischen Hürden und finanziellen Risiken zu entlasten.

Begründung

Stadtteilstefte, Vereinsfeiern und Nachbarschaftsveranstaltungen sind kein Beiwerk. Sie sind gelebter Zusammenhalt. Sie bringen Menschen zusammen, stärken Identität im Quartier und machen Stadtteile lebendig.

Dieses Engagement wird in Bielefeld überwiegend ehrenamtlich getragen. Wer ein Fest organisiert, übernimmt Verantwortung – für Sicherheit, Organisation, Finanzierung und Ablauf. In den vergangenen Monaten haben jedoch mehrere Werbegemeinschaften, Vereine und Initiativen deutlich gemacht, dass die Rahmenbedingungen zunehmend als komplex und schwer planbar wahrgenommen werden.

Der Antrag reagiert auf diese Rückmeldungen. Ziel ist eine sachliche Bestandsaufnahme und eine strukturelle Weiterentwicklung der Verfahren. Wer sich bürgerschaftlich engagiert braucht:

- nachvollziehbare Anforderungen,
- planbare Verfahren,
- klare Zuständigkeiten
- und verlässliche Beratung

Digitale Instrumente, standardisierte Musterlösungen und gebündelte Ansprechstrukturen können dazu beitragen, wiederkehrende Veranstaltungsformate zu erleichtern und Unsicherheiten zu reduzieren. Dazu müssen sie Nutzer*innenfreundlich ausgestaltet sein.

Der beantragte Bericht soll eine belastbare Entscheidungsgrundlage schaffen, um konkrete Verbesserungsmaßnahmen strukturiert beraten und gezielt umsetzen zu können mit dem Zweck, eine lebendige Stadtgesellschaft mit vielfältigen Angeboten in den Stadtbezirken zu erhalten als Grundlage für ein zukunftsfähiges Miteinander in unserer Stadt.

Gez.
Romy Mamerow